

Konjunkturlage in Deutschland

Grundtendenzen

Die deutsche Wirtschaft ist im Herbst 1999 auf dem Wachstumspfad, auf den sie in den Sommermonaten eingeschwenkt war, weiter vorangekommen. Erste eigene Schätzungen ergeben nach Ausschaltung von Saison- und Kalendereinflüssen einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts im vierten Quartal von $\frac{3}{4}$ %. Das war etwa ebenso viel wie in dem vorangegangenen Dreimonatsabschnitt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion um $2\frac{1}{2}$ %, nach $1\frac{1}{2}$ % im Vierteljahr zuvor. Im zweiten Halbjahr insgesamt war das Bruttoinlandsprodukt damit um rund 2 % höher als im Vergleichszeitraum von 1998. Das konjunkturelle Anstiegstempo – gemessen als saison- und kalenderbereinigte Jahresrate – belief sich im Herbst auf etwa 3 %.

*Gesamtwirtschaftliche
Produktion*

Der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad ist in jüngerer Zeit deutlich gestiegen, und die Lage am Arbeitsmarkt hat sich um die Jahreswende sichtlich aufgehellt. Damit besteht auch eine günstige Ausgangslage für das laufende Jahr. Die vorliegenden Frühindikatoren deuten auf eine Fortsetzung der wirtschaftlichen Expansion hin, was sich nicht zuletzt in der gewachsenen konjunkturellen Zuversicht der Unternehmen und Verbraucher widerspiegelt. Das aktuelle Preisgeschehen im Inland ist weiterhin von außenwirtschaftlichen Teuerungsimpulsen geprägt und wird zusammen mit anderen Faktoren zu einem „Preisbuckel“ in den ersten Monaten dieses Jahres führen. Das Preisklima blieb gleichwohl in seinem Kern weitgehend unbeschadet. Die Verteuerung der importierten Vorleistungen

hat – soweit erkennbar – bislang nicht zu einem starken Kostendruck geführt. Die nun angelaufene Tarifrunde 2000 sollte dazu beitragen, die günstigen wirtschaftlichen Perspektiven lohnpolitisch nicht zu gefährden.

*Gute Export-
aussichten*

Wie schon zuvor gingen auch zuletzt kräftige Impulse für den Aufschwung von der Industrie aus. Umfragen zeigen eine markante Verbesserung der Stimmung in den Unternehmen. Das vom ifo Institut ermittelte Geschäftsklima hat sich merklich verbessert, und die Zahl der positiven Stimmen übertraf die noch zurückhaltenden Urteile immer deutlicher. Tragendes Element blieben die günstig eingestuften Exportperspektiven. Diese reflektieren vor allem die Belebung der internationalen Konjunktur und des Welthandels, die zu einem guten Teil mit der recht schnellen Besserung in den asiatischen Schwellenländern und der anhaltenden Stärke der amerikanischen Wirtschaft zusammenhängt. Hinzu kommen erfolgreiche Anstrengungen der deutschen Wirtschaft selbst, durch Rationalisierung und Modernisierung den Anforderungen des Wettbewerbs zu genügen. Relativ niedrige Preissteigerungsraten und weiterhin vergleichsweise günstige Kapitalmarktkonditionen sorgen für stabile Rahmenbedingungen. Unterstützt wird die preisliche Konkurrenzfähigkeit zudem durch die anhaltende Stärke des US-Dollar gegenüber dem Euro.

*Positive binnen-
wirtschaftliche
Impulse*

Aber auch die binnenwirtschaftliche Entwicklung dürfte das Meinungsbild in der Industrie günstig beeinflusst und wesentlich dazu beigetragen haben, daß eine wachsende Mehrheit von Unternehmen die aktuelle Lage inzwischen als gut bezeichnet. Nicht nur wur-

den die konjunkturellen Auftriebstendenzen deutlicher, auch die Wirtschaftspolitik setzte positive Akzente. Dazu zählt, daß sich die Bundesregierung auf einen klaren Konsolidierungskurs festgelegt hat. Darüber hinaus sind größere steuerliche Entlastungen als bislang vorgesehen in Aussicht gestellt.

Die Besserung in der Industrie übertrug sich auch auf die Geschäftsperspektiven der unternehmensnahen Dienstleister. Nach den Umfragen des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung haben insbesondere die EDV-Spezialisten sowie die Unternehmensberatungsgesellschaften positive Beurteilungen abgegeben. Darüber hinaus profitierte das Speditionsgewerbe von der konjunkturellen Belebung. Konsumnähere Branchen blieben demgegenüber zurückhaltend. Dies mag damit zusammenhängen, daß die privaten Haushalte nach den Erhebungen der Gesellschaft für Konsumforschung bis zu Beginn des laufenden Jahres bei ihrer Einschätzung des Konsumklimas vorsichtig waren. Zwar sind die allgemeinen Erwartungen über die Konjunkturentwicklung zuversichtlicher geworden, die persönlichen Einkommensperspektiven haben sich aus der Sicht der Haushalte aber noch nicht grundlegend verbessert. Zu der ungeachtet dessen gestiegenen Anschaffungsneigung paßt es, daß die Umsätze des Einzelhandels in den Herbstmonaten 1999 saisonbereinigt um 1% höher als im dritten Quartal waren.

*Optimistische
Dienstleister,
private Haus-
halte noch zu-
rückhaltend*

In der Bauwirtschaft ist in den letzten Monaten – den Umfragen des ifo Instituts folgend – das hohe Übergewicht der negativen Stimmen bei der Einschätzung der aktuellen

*Bauwirtschaft
ohne Schwung*



Lage nicht mehr weiter abgebaut worden. Dies ist ein Indiz dafür, daß die Überwindung der überwiegend strukturellen Anpassungsschwierigkeiten in der zweiten Jahreshälfte 1999 ins Stocken geraten ist. Wie die in Westdeutschland bis in die jüngste Zeit hinein nicht ungünstigen Geschäftserwartungen zeigen, sehen die Baufirmen der weiteren Entwicklung hier aber vergleichsweise positiv entgegen. In den neuen Bundesländern wer-

den jedoch auch die Perspektiven pessimistisch eingestuft.

Auftragslage

Das seit Herbst 1998 steigende Auftragsvolumen beim Verarbeitenden Gewerbe hat im vierten Quartal des vergangenen Jahres nochmals deutlich zugenommen. Saison- und preisbereinigt übertrafen die Bestellungen den Stand des vorangegangenen Vierteljahres um gut 2 ½ %, im Vergleich zum Vorjahr ergab sich eine Zunahme um reichlich ein Zehntel. Dabei haben allerdings auch Sonderinflüsse eine Rolle gespielt. Zum einen ist es zu einer Ausweitung der Zahl der meldenden Betriebe gekommen; zum anderen sind in dem betrachteten Zeitraum mehrere überdurchschnittlich große Geschäftsabschlüsse getätigt worden.

Auftragseingang beim Verarbeitenden Gewerbe

Beide Faktoren betrafen das Inlandsgeschäft und haben dazu beigetragen, daß hier der Auftragseingang im Schlußquartal 1999 saisonbereinigt um 3 ½ % höher war als in dem vorangegangenen Dreimonatsabschnitt. Die Zunahme gegenüber dem Vorjahr vergrößerte sich auf fast 8 %, nach lediglich ¼ % im Sommer. Besonders lebhaft fiel der Orderzugang im Investitionsgüterbereich aus. War hier der Vergleichsstand von 1998 im dritten Quartal noch um fast 3 % unterschritten worden, so gingen die Bestellungen zuletzt um reichlich ein Zehntel über das Vorjahrsniveau hinaus. Auch die Hersteller von Vorleistungserzeugnissen konnten mehr Geschäftsabschlüsse melden als zuvor. Das Plus in der Vorjahresbetrachtung vergrößerte sich von 3 ¾ %

Inlandsnachfrage

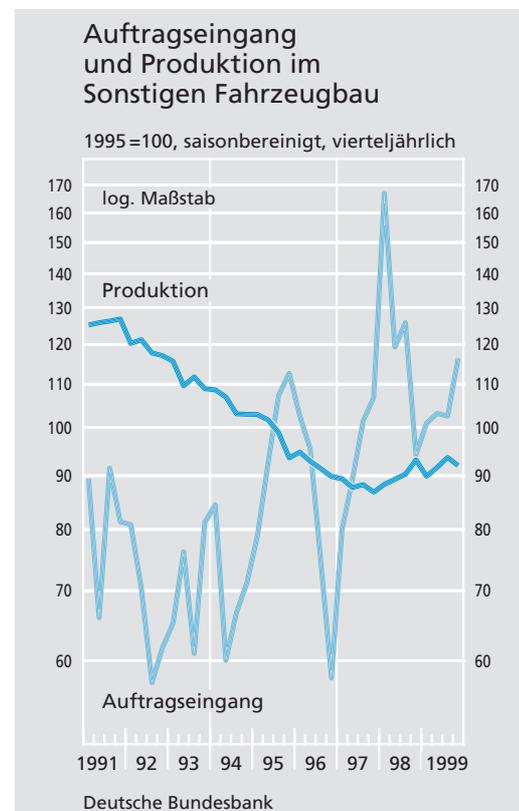
im Sommer auf nunmehr $8\frac{3}{4}\%$. Sowohl in der Chemischen Industrie als auch in der Metallbranche blieben die Aufträge deutlich aufwärtsgerichtet. Demgegenüber waren die Orders bei den Produzenten von Gebrauchs- und Verbrauchsgütern im Herbst des vergangenen Jahres saisonbereinigt kaum höher als in dem vorangegangenen Vergleichszeitraum; das Niveau von zwölf Monaten zuvor wurde wie schon seit mehr als einem Jahr erneut unterschritten, und zwar um rund $1\frac{3}{4}\%$. Ausschlaggebend hierfür war ein Rückgang der Bestellungen von Kraftfahrzeugen.

Auslandsnachfrage

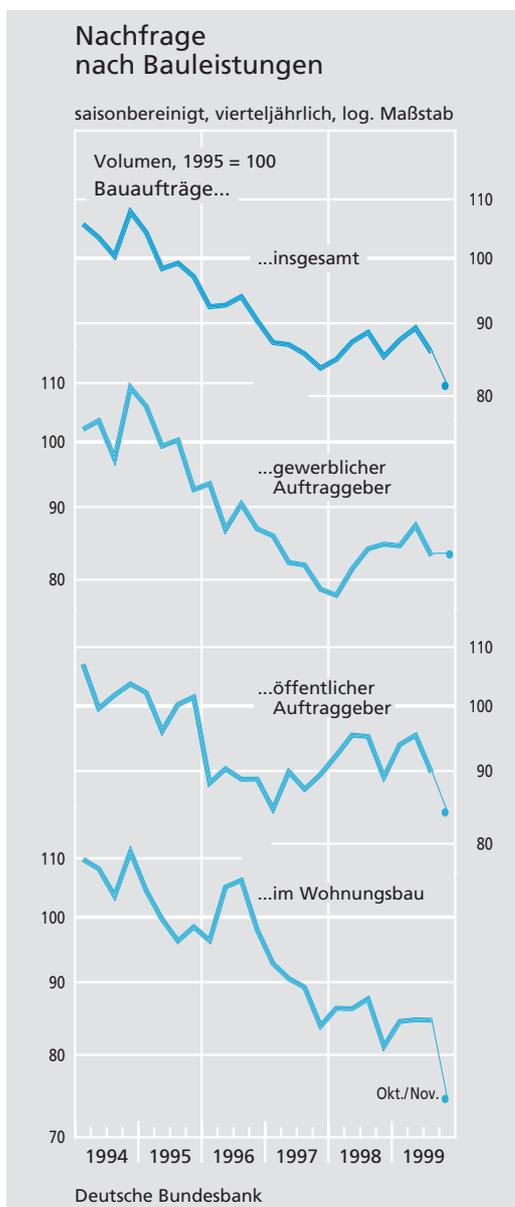
Die Nachfrage aus dem Ausland nach industriellen Erzeugnissen ging im vierten Quartal 1999 saisonbereinigt um rund $1\frac{1}{4}\%$ über den Stand vom Sommer hinaus. Dies ist um so beachtlicher, als die Exportnachfrage bereits in den vorausgegangenen Monaten eine sehr starke Dynamik entfaltet hatte. Ausdruck hierfür ist eine Vorjahrsrate für das letzte Vierteljahr 1999 von nicht weniger als $+16\%$; im vierten Quartal 1998 war der Vorjahresvergleich demgegenüber noch negativ gewesen ($-3\frac{1}{4}\%$). Wenn auch alle großen Industriebereiche zweistellige Zuwächse binnen Jahresfrist erzielten, so lag der Vorleistungssektor mit rund 20% doch weit an der Spitze, während die Gebrauchs- und Verbrauchsgüterproduzenten deutlicher hinter dem Durchschnitt zurückblieben.

Beurteilung von Großaufträgen

Bei der Berichterstattung über den Auftrags- ein- gang im Verarbeitenden Gewerbe ist – wie auch früher schon häufiger – auf einzelne besonders umfangreiche Geschäftsabschlüsse hingewiesen worden. Die Kenntnis hierüber



erleichtert es, die Bestellungen bei den Firmen im Hinblick auf ihre Bedeutung für die aktuelle konjunkturelle Entwicklung einzustufen. Großaufträge haben in der Regel eine längere organisatorische Vorlaufzeit und produktionstechnische Durchlaufphase, wodurch der sonst recht enge zeitliche Zusammenhang zwischen Auftragseingang und Produktion gelockert wird. Großaufträge überzeichnen daher den konjunkturellen Trend am aktuellen Rand, obwohl natürlich auch sie Wirtschaftswachstum und Beschäftigung positiv beeinflussen. Ein gutes Beispiel dafür bietet der Wirtschaftszweig „Sonstiger Fahrzeugbau“. In dieser Rubrik faßt die Statistik beispielsweise den Schiffbau, den Bau von Luftfahrzeugen sowie den Schienenfahrzeugbau zusammen. Jeder einzelne Auftrag in einer dieser Branchen hat gewöhnlich ein vergleichsweise großes Volu-



men und treibt die Auftragseingänge schubar-
tig in die Höhe. Die Erzeugung demgegenüber
reagiert hierauf – wie aus dem Schaubild auf
Seite 31 ersichtlich – erst allmählich und ohne
starke Ausschläge.

*Nachfrage nach
Bauleistungen*

Die Nachfrage nach Leistungen des Baugeschäfts ist im Herbst 1999 weiter zurückgegangen. Jahreszeitlich übliche Schwankungen und Preisbewegungen ausgeschaltet,

waren die Auftragseingänge beim Bauhauptgewerbe im Mittel von Oktober und November – über die die statistischen Informationen gegenwärtig nicht hinausgehen – um 5 ½ % niedriger als im vorausgegangenem Quartal. Da auch dieses bereits hinter dem Frühjahrsergebnis zurückgeblieben war, ergibt sich insgesamt seit dem zweiten Vierteljahr ein Nachfragerückgang um nahezu ein Zehntel. Der vergleichbare Vorjahrsstand wurde zuletzt um 6 ¼ % unterschritten.

Besonders stark sind die Aufträge in den neuen Bundesländern gesunken. Hier summiert sich der Rückgang seit dem zweiten Jahresviertel saisonbereinigt inzwischen auf beinahe ein Viertel; gegenüber dem Vorjahr waren es im Oktober/November rund – 18 %. In Westdeutschland hielt sich demgegenüber die Abschwächung bisher in deutlich engeren Grenzen. Saisonbereinigt wurde das Frühjahrsergebnis um 4 % unterschritten; im Vergleich zum Vorjahr beläuft sich der Abstand auf knapp – 2 %.

*Starkes West/
Ost-Gefälle*

Noch relativ gut behaupten konnte sich im Herbst der gewerbliche Bau. Hier waren die Auftragseingänge in Deutschland insgesamt nicht niedriger als im Sommer. Die öffentlichen Auftraggeber haben ihre Vergaben mit saisonbereinigt – 6 ½ % für sich genommen zwar kräftig zurückgeführt; sie blieben damit aber weit hinter dem Einbruch im Wohnungsbau zurück, für den sich ein Rückgang von etwas mehr als 12 % ergibt.

*Differenziertes
Bild nach
Bausparten*

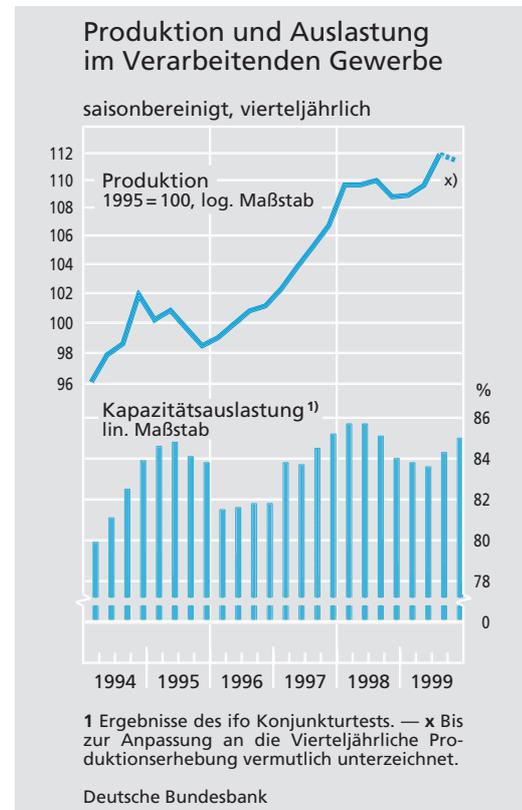
Folgt man den Baugenehmigungen, so ist insbesondere der Miet- und Eigentumswohnungsbau drastisch eingeschränkt worden. Im Mittel von Oktober und November war die

*Genehmigungen im Miet-
wohnungsbau*

Zahl der genehmigten Wohnungen in Gebäuden mit drei und mehr Einheiten um reichlich ein Fünftel niedriger als zwölf Monate zuvor. Statt 27 500 Wohnungen in den beiden entsprechenden Monaten von 1998 sind 1999 lediglich 21 800 beantragt worden. Hinter diesem Rückgang stehen unter anderem eine gute Wohnungsversorgung in Westdeutschland, die den Mietenanstieg begrenzt, und teilweise große Leerstände in Ostdeutschland, die in einzelnen Regionen bis zu einem Sechstel des Bestands ausmachen. Darüber hinaus mag bei ohnehin gedrückten Ertrags-erwartungen und gestiegenem Zinsniveau in die Entscheidungen über Investitionen in diesem Bereich einfließen, daß eine Überarbeitung des Mietrechts beabsichtigt ist, welche die Spielräume für Mieterhöhungen einschränken soll.

*Einfamilien-
häuser*

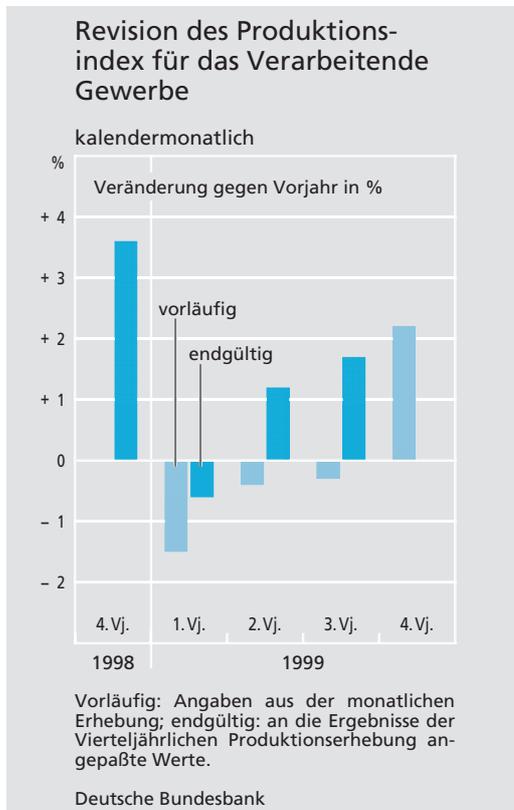
Die Baugenehmigungen für Einfamilienhäuser (Gebäude mit 1 und 2 Wohnungen) haben dagegen auch im Herbst vergangenen Jahres weiter zugenommen, sie konnten den Rückgang im Mehrfamilienhausbau aber nicht ausgleichen. Immerhin hat sich der Anteil dieses Segments am Wohnungsbau auf zuletzt 64 % erhöht, nach noch 57 % ein Jahr zuvor. Stimulierend für die Einreichung von Bauanträgen in den letzten Monaten des vergangenen Jahres mag gewirkt haben, daß mit Beginn dieses Jahres die Einkommensgrenzen für die steuerliche Förderung von Wohneigentum herabgesetzt worden sind.



Produktion und Arbeitsmarkt

Die Erzeugung der Industrie dürfte angesichts des breiten Auftragsstroms weiter ausgeweitet worden sein. Ein statistischer Beleg hierfür kann zur Zeit aber nicht erbracht werden. Vielmehr zeigen die gegenwärtig verfügbaren amtlichen Angaben für das Verarbeitende Gewerbe – jahreszeitliche Schwankungen ausgeschaltet – im vierten Quartal einen Rückgang der Produktion im Vergleich zum Sommer um rund ½ %. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß die monatliche Statistik, die auf einer Auswahl der Berichtsfirmen beruht, im Vergleich zu den vierteljährlichen Ergebnissen, bei denen alle meldepflichtigen Betriebe erfaßt sind, die Gesamtentwicklung zu ungünstig ausweist. Im dritten Quartal belief sich der Korrekturfaktor auf + 2 %. Wie

*Industrie-
produktion*



stark die Anpassung für den Zeitraum Oktober bis Dezember ausfallen wird, muß gegenwärtig offenbleiben.

Kapazitätsauslastung

Auf eine Zunahme der Fertigung im vierten Quartal deutet zum einen hin, daß die Auslastung der Produktionskapazitäten in der Industrie – den ifo Umfragen zufolge – in den Herbstmonaten deutlich zugenommen hat. Nach Ausschaltung der jahreszeitlich üblichen Schwankungen war sie im Dezember um rund dreiviertel Prozentpunkte höher als zum Ende des Sommers und einen Prozentpunkt höher als ein Jahr zuvor. Zum anderen sind die um Preisänderungen bereinigten Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes im letzten Quartal vergangenen Jahres saisonbereinigt um 1% höher gewesen als im vorangegangenen Dreimonatsabschnitt.

Über die Entwicklung der Produktion des Bauhauptgewerbes lassen sich im Augenblick ebenfalls keine exakten Aussagen machen. Hier sind – im Gegensatz zu den drei Monaten Oktober bis Dezember – die statistischen Angaben für die vorangegangene Zeit noch nicht an die Ergebnisse der Totalerhebung angepaßt worden. Deren Einarbeitung hat in den letzten Jahren regelmäßig zu einer Korrektur nach oben geführt. Insofern ist davon auszugehen, daß der gegenwärtig im saisonbereinigten Verlauf ausgewiesene Anstieg der Erzeugung im vierten Quartal keinen Bestand haben wird. Die bereits endgültige Vorjahrsrate zeigt, daß die Produktion in den letzten drei Monaten 1999 der Grundtendenz nach kaum höher als ein Jahr zuvor war.

Produktion des Bauhauptgewerbes

Auf dem Arbeitsmarkt mehrten sich in jüngerer Zeit die Anzeichen für eine Wende zum Besseren. Zum einen ist nach der Einschätzung des Statistischen Bundesamtes die Beschäftigung in der deutschen Wirtschaft insgesamt wieder etwas gestiegen, zum anderen war die Arbeitslosigkeit um die Jahreswende 1999/2000 deutlich niedriger als noch im Sommer 1999. Nach den Angaben der amtlichen Statistik belief sich die Zahl der Erwerbstätigen im November saisonbereinigt auf 36,08 Millionen. Das waren zwar 0,2% weniger als zur gleichen Zeit von 1998, aber etwas mehr als im September, in dem der seit dem Frühjahr 1999 anhaltende Beschäftigungsabbau ausgelaufen ist. Informationen aus der Industrie deuten darauf hin, daß es hier per saldo nicht mehr zu einem Rückgang gekommen ist. Demgegenüber dürfte die Bauwirtschaft weiterhin Arbeitskräfte entlassen haben.

Beschäftigung

Arbeitslosigkeit

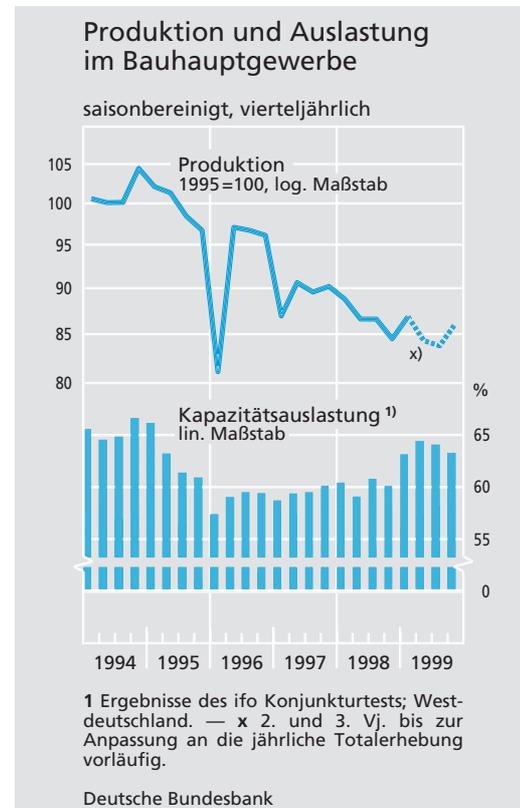
Die Zahl der Arbeitslosen hat sich nach den Angaben der Bundesanstalt für Arbeit im Januar saisonbereinigt auf 3,96 Millionen verringert. Das waren rund 165 000 weniger als Ende September; der vergleichbare Vorjahrsstand wurde wieder um 160 000 unterschritten, nachdem der Abstand im Oktober bis auf knapp 10 000 geschrumpft war.

Die Arbeitslosenquote belief sich Ende Januar saisonbereinigt auf 10,1%, verglichen mit 10,5% zu Herbstbeginn 1999. Während der Anteil der Erwerbslosen in Westdeutschland mit 8,3% merklich niedriger lag, war er in den neuen Bundesländern fast doppelt so hoch. Hier wurden zuletzt 17,5% der Erwerbspersonen als arbeitslos registriert; ein Jahr zuvor waren es 17,2% gewesen. Dieser Anstieg hängt auch mit der Einschränkung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zusammen. An Lehrgängen zur beruflichen Weiterbildung sowie an beschäftigungschaffenden Programmen, auf die unverändert ein Großteil der Arbeitsmarktförderung entfällt, nahmen im Januar in Ostdeutschland lediglich noch 390 000 Personen teil; das waren 150 000 weniger als zwölf Monate zuvor.

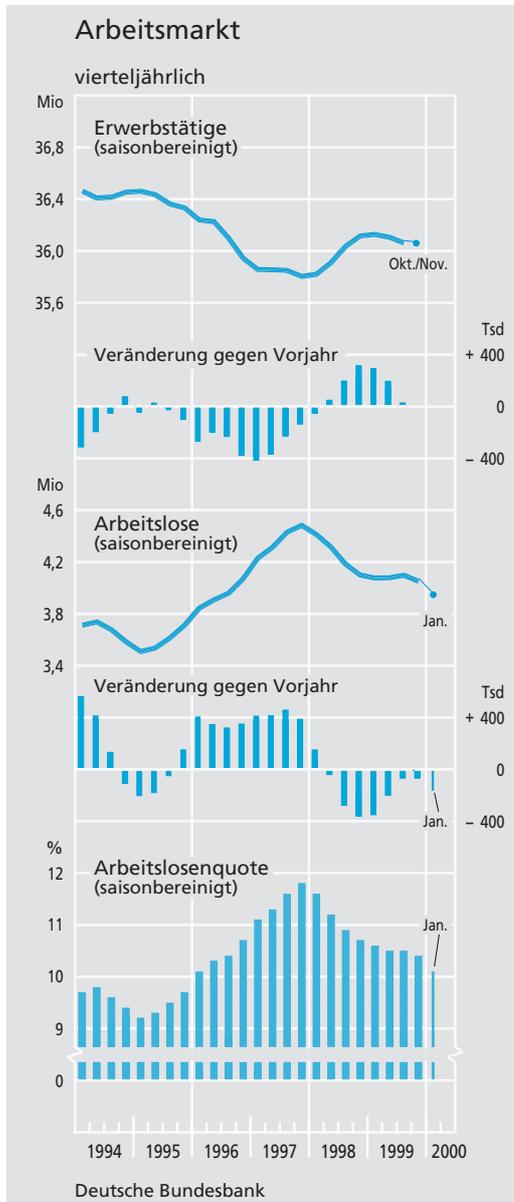
Preise und Löhne

Verbraucherpreise

Der Preisauftrieb hat sich zu Beginn des Jahres 2000 nochmals etwas verstärkt. Die Vorjahrsrate der Verbraucherpreise, die häufig als Inflationsmaß verwendet wird, erreichte im Januar 1,6%; Ende 1999 hatte sie 1,2% betragen, und zur Jahresmitte waren es 0,5% gewesen. Bei der Zunahme der Jahresteuerrate haben aber eine Reihe von Sonder-



faktoren eine Rolle gespielt, so daß diese Zahlenangaben nicht die Grundtendenz der allgemeinen Preisentwicklung widerspiegeln. Zum einen wurden zum Jahresbeginn die Energiesteuern auf Benzin und Strom erhöht. Rein rechnerisch bedeutet dies eine Verteuerung der Lebenshaltung um 0,2%. Zum anderen wirkten sich die Basiseffekte der spürbaren Senkung der Telefongebühren und der Verringerung der Zuzahlungen zu Arzneimitteln aus, die Anfang 1999 zu verzeichnen gewesen waren und sich jetzt im Vorjahrsvergleich nicht mehr niederschlagen. Ohne Benzin und Strom sowie ohne Telefongebühren und Zuzahlungen gerechnet, belief sich die Vorjahrsrate im Januar auf 1,0%, nach 0,9% im Dezember 1999.



Energiepreise

Die Preise der Mineralölzeugnisse (vor Steuern) sind um die Jahreswende 1999/2000 weitgehend stabil geblieben. Zuvor hatten sie sich im Gefolge des kräftigen Anstiegs der Rohölpreise auf den internationalen Märkten jedoch spürbar erhöht. Im Januar mußten für Heizöl und Benzin, die Steuererhöhung schätzungsweise herausgerechnet, 4¾% mehr als Ende des Sommers 1999 gezahlt werden. Im Vergleich zum Januar 1999 belief

sich der Preisanstieg auf rund ein Viertel. Wegen der Bindung an das Heizöl sind auch die Gaspreise nach oben in Bewegung gekommen. Gleiches gilt für die Umlagen für Fernheizung und Warmwasser. Gebremst wurde die allgemeine Energieverteuerung demgegenüber durch weitere Preissenkungen bei Elektrizität. Den Steuereffekt rechnerisch ausgeschaltet, sind die Stromtarife von September 1999 bis Januar 2000 im Durchschnitt des Bundesgebiets um über 8½% gesenkt worden.

Dienstleistungen haben sich in der letzten Zeit auf der Verbraucherstufe ebenfalls deutlich verteuert. Saisonbereinigt sind die Preise hier von September bis Januar um reichlich 1% angehoben worden. Beigetragen hierzu haben insbesondere Versicherungsdienste sowie Pauschalreisen und Leistungen des Bildungswesens. Auch die Wohnungsmieten sind weiter heraufgesetzt worden. Gemessen an der Vorjahrsrate scheint der Tiefpunkt hier inzwischen durchschritten; im Januar belief sich die Jahresteuern auf 1,2%, nach lediglich 1,0% im September.

Dienstleistungen und Wohnungsmieten

Vergleichsweise moderat blieben dagegen auch zuletzt die Preisbewegungen bei Nahrungsmitteln und gewerblichen Waren, die zusammen fast die Hälfte des Warenkorb ausmachen. Die Nahrungsmittelpreise unterschritten im Januar den Vergleichsstand von Anfang 1999 um rund 1¾%. Dies ist zu einem guten Teil auf den heftigen Konkurrenzkampf zurückzuführen, mit dem große Supermarkt-Ketten versuchen, Marktanteile zu gewinnen. Industriegüter waren zu Jahresbeginn 2000 für den Verbraucher nicht teurer

Nahrungsmittel und gewerbliche Waren

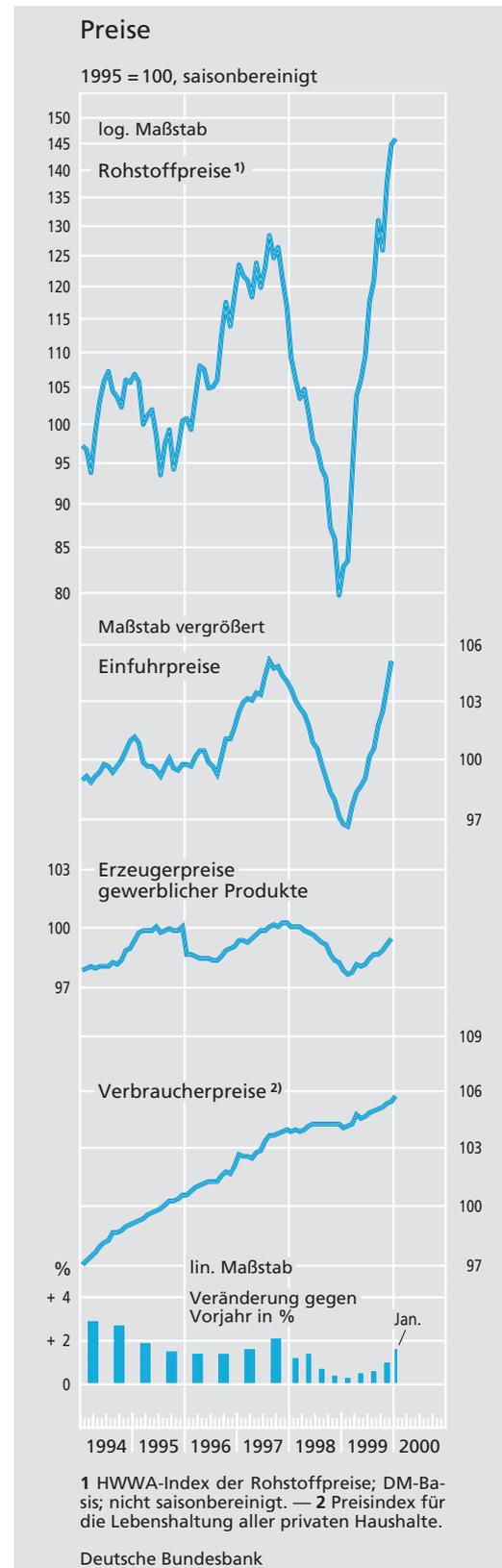
als zwölf Monate zuvor. Auch hier stehen die Märkte im Zeichen eines intensiven Wettbewerbs, der sich im Euro-Gebiet durch die Einführung einer gemeinsamen Währung noch verstärkt haben könnte.

*Industrielle
Erzeugerpreise*

Hierzu paßt, daß die deutschen industriellen Erzeugerpreise für Gebrauchsgüter seit einem dreiviertel Jahr nahezu konstant geblieben sind und die Preisrate im Vorjahrsvergleich seit längerem nicht über + ½ % hinausgeht. Verbrauchsgüter aus der einheimischen gewerblichen Wirtschaft, zu denen auch Erzeugnisse der Ernährungswirtschaft zählen, unterschritten zu Jahresbeginn das Vergleichsniveau von 1999 weiterhin um rund ½ %. Darüber hinaus haben sich die Abgabepreise der Investitionsgüterproduzenten in den zurückliegenden zwölf Monaten lediglich um 0,2 % erhöht. Wenn die Erzeugerpreise insgesamt gleichwohl im Dezember – dem letzten Monat, für den Informationen vorliegen – um 1,1 % über ihren Vorjahrsstand hinausgingen, so lag dies allein an der starken Teuerung im Bereich der Vorleistungen. Hier kam der Preisauftrieb für Mineralölserzeugnisse mit Preiserhöhungen bei Eisen und Stahl sowie NE-Metallen zusammen.

Einfuhrpreise

Die Einfuhr dieser Erzeugnisse hat sich unter dem Einfluß der Weltmärkte gleichfalls merklich verteuert. Im Bereich der bergbaulichen Erzeugnisse (Rohöl und NE-Metalle) belief sich der Preisanstieg binnen Jahresfrist im Dezember 1999 auf rund 85 %, bei den Vorleistungserzeugnissen waren es immerhin noch knapp 10 %. Die Preise für importierte Investitions-, Verbrauchs- und Verbrauchsgüter sind in den letzten Monaten vor allem



aufgrund des rückläufigen Euro-Wechselkurses zwar ebenfalls beschleunigt gestiegen; die Preiserhöhungen hielten sich mit Jahressteigerungsraten zwischen knapp 1% und fast 1½% aber auch zuletzt in vergleichsweise engen Grenzen.

Baupreise

Die inländischen Preise für Bauleistungen sind bis Ende vergangenen Jahres weitgehend konstant geblieben. Wenn sich saisonbereinigt betrachtet das gesamtwirtschaftliche Baupreisniveau, das die Einzelangaben für den Wohnungsbau, für Büro- und Betriebsgebäude sowie den Straßenbau zusammenfaßt, im vierten Quartal 1999 auch leicht erhöht hat, so ging es doch nicht über den Vergleichsstand von 1998 hinaus.

*Tarifverdienste
1999*

Die im Jahr 1999 abgeschlossenen beziehungsweise wirksam gewordenen Tarifverträge haben insgesamt zu einer Anhebung der Monatsvergütungen um etwas mehr als 2½% gegenüber dem Vorjahr geführt. Gemessen an der Jahresteuersatzrate von 0,6% ist damit der tarifliche Reallohn um 2% gestiegen, verglichen mit einem Plus von ¾% im Jahr zuvor. Allerdings blieben die Effektivverdienste – auch wegen des Abbaus übertariflicher Leistungen – hinter dieser Zunahme zurück. Gleichwohl hat sich aus Sicht der Unternehmen Arbeit deutlich verteuert. Die gesamtwirtschaftlichen Lohnstückkosten erhöhten sich um ¾%, nachdem sie in den zwei Jahren zuvor rückläufig gewesen waren. Die um Verschiebungen in der Erwerbstätigenstruktur bereinigte Lohnquote, ein grobes Maß für die funktionale Einkommensverteilung, lag zuletzt bei etwa 72¾%; das war knapp ein halber Prozentpunkt mehr als in

den wirtschaftlich guten Zeiten Anfang der neunziger Jahre.¹⁾ Der Durchschnitt der neunziger Jahre wurde 1999 um dreiviertel Prozentpunkte unterschritten.

Eine angemessene Teilhabe am Produktionszuwachs und das Verlangen nach einem Ausgleich für den Kaufkraftverlust des Geldes spielen in der Regel eine zentrale Rolle bei der tarifpolitischen Lohnfindung. Mit einer produktivitätsorientierten Reallohnpolitik soll versucht werden, dem Doppelcharakter der Löhne als Produktionskosten für die Unternehmen und als nachfragerrelevante Komponente der privaten Haushalte gerecht zu werden. Bleibt die unterstellte Inflationsrate dabei im Rahmen der stabilitätspolitischen Vorgabe der Zentralbank und entspricht die unterstellte Produktivitätsrate der allgemein gestiegenen Leistungsfähigkeit der Arbeit, sind von der Lohnseite keine gesamtwirtschaftlichen Störungen zu erwarten. Außerdem ändert sich die primäre Verteilungsrelation zwischen Unternehmensgewinnen und Arbeitnehmerinkommen nicht. Allerdings setzt eine solche Strategie voraus, daß der Arbeitsmarkt weitgehend im Gleichgewicht ist. Herrscht dagegen hohe Arbeitslosigkeit, wie dies in Deutschland der Fall ist, tragen die Tarifvertragsparteien ein besonderes Maß an beschäftigungspolitischer Verantwortung. Die Lohnentwicklung sollte die Schaffung neuer Arbeitsplätze fördern oder ihr zumindest nicht entgegenstehen. Dementspre-

*Anforderungen
an eine be-
schäftigungs-
fördernde
Tarifpolitik*

¹ Die Bereinigung der Lohnquote beschränkt sich hier – wie üblich – auf den Aspekt von Veränderungen der Arbeitnehmerquote. Daneben gibt es empirische Evidenz, daß längerfristig auch Verschiebungen in der sektoralen Verteilung der Beschäftigung die Entwicklung der Lohnquote beeinflussen haben.

Gesamtwirtschaftliche Anforderungen an eine beschäftigungsfördernde Tarifpolitik

Die Festsetzung der Löhne in einer Volkswirtschaft ist ein komplexer Abwägungs- und Abstimmungsprozeß, in den eine Vielzahl von Überlegungen eingeht. Mechanistische Ableitungen der angemessenen Lohnerhöhungen sind für die Einzeltarifverträge auf Branchen- und Regionalebene kaum möglich. Allerdings lassen sich aus gesamtwirtschaftlicher Sicht durchaus Beurteilungsmaßstäbe für eine beschäftigungsorientierte Grundlinie entwickeln. In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur, aber beispielsweise auch in den von den europäischen Regierungschefs gebilligten Grundzügen der Wirtschaftspolitik für die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft wird auf folgende Bestimmungsfaktoren einer beschäftigungsfördernden Lohnpolitik abgestellt:

1. Nominalloohnerhöhungen müssen mit Preisstabilität vereinbar sein.

Das EZB hat klar gemacht, daß mit dem Stabilitätsziel inkonsistente Preissteigerungen nicht „finanziert“ werden. Die geldpolitische Strategie ist mittelfristig angelegt. Dies verlangt auch von den Marktteilnehmern und insbesondere von den Tarifpartnern eine zukunftsgerichtete Betrachtungsweise, die kurzfristige Volatilitäten und nicht-monetäre Schocks, denen das Preisniveau ausgesetzt ist, unberücksichtigt läßt. Erhöhen sich zum Beispiel die Ölpreise oder die indirekten Steuern, so muß der daraus resultierende Verteilungseffekt zugunsten des Auslands und des Staates hingenommen werden. Der Versuch einer Abwälzung allein auf die Unternehmen würde entweder weitere Inflationsimpulse auslösen oder über sinkende Gewinne die Beschäftigungschancen vermindern. Der ölpreis- und steuerbedingte Preisanstieg dürfte sich im Jahr 2000 gegenüber 1999 immerhin auf eine Größenordnung von einem halben Prozentpunkt belaufen. Nach einer weit verbreiteten Markteinschätzung werden die Ölpreise im weiteren Jahresverlauf wieder deutlich nachgeben. Gleichzeitig muß bei der Würdigung der „Preiskomponente“ berücksichtigt werden, daß es im ersten Quartal 2000 durch eine Kumulation von Sonderfaktoren zu einem „Preisbuckel“ kommt. Selbst wenn der Ölpreis (gegenwärtig rund 29 US-\$ je Barrel der Sorte Brent) und der Euro-Wechselkurs auf ihrem jetzigen Niveau bleiben sollten, wird sich die Teuerungsrate im Vorjahresvergleich vom Frühjahr an deutlich zurückbilden. Trotz des vergleichsweise hohen aktuellen Verbraucherpreisanstiegs von 1,6% im Januar hat die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht für das Jahr 2000 die Teuerung insgesamt mit lediglich 1% bis 1½% angesetzt.

2. Für den angestrebten Reallohn ist die grundsätzliche Ausrichtung an der Produktivität in einer Vollbeschäftigungssituation durchaus angemessen. Herrscht – wie seit vielen Jahren – hohe Arbeitslosigkeit, wird der Spielraum für Realloohnerhöhungen dagegen eingeschränkt.

Die Rentabilität kapazitätserweiternder und arbeitsplatzschaffender Investitionen muß gestärkt und gewahrt bleiben. Das heißt konkret, daß die Reallöhne hinter dem zu erwartenden Produktivitätswachstum zurückbleiben müssen, wenn sich die Beschäftigung erhöhen soll. Dieses „Abstandsgebot“ läßt sich empirisch nicht einfach bestimmen. Auf keinen Fall kann jener Teil des statistisch gemessenen Produktivitätswachses verteilt werden, der aus Entlassungen von Arbeitskräften resultiert. Dies würde die Arbeitslosigkeit nur „zementieren“. Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung hat vorgeschlagen, für die Reallohnzuwächse jene Produktivitätssteigerung in Betracht zu ziehen, bei der die meisten Arbeitslosen – also auch solche mit einer gegenüber dem heutigen Durchschnitt geringeren Produktivität – Beschäftigung finden könnten.

3. Die Lohnstruktur ist am Produktivitätsprofil auszurichten.

Einheitliche Lohnerhöhungen in der Gesamtwirtschaft werden den unterschiedlichen Qualifikationen der Arbeitnehmer und den spezifischen Anforderungen der Arbeitsplätze ebensowenig gerecht wie den notwendigen Strukturanpassungen in den einzelnen Branchen und Regionen. Nur bei entsprechender „Feinabstimmung“ der Löhne vor Ort kann das Potential an Arbeitsmöglichkeiten voll ausgeschöpft werden. Hierzu können die Tarifpartner durch die Vorgabe eines möglichst flexiblen Rahmens entscheidend beitragen. Dies ließe auch Raum, um den Gedanken einer stärkeren Ergebnisorientierung der Löhne wieder mehr zu betonen.

Die Lohnentwicklung sollte insgesamt eine verlässliche Basis für Unternehmensentscheidungen bieten und damit längerfristig sowie „vorwärts schauend“ angelegt sein. Im Rahmen einer derartigen Grundstrategie ließen sich sowohl der erreichte hohe Grad an Preisstabilität absichern als auch – eingebettet in einem inflationsfreien und stabilen makroökonomischen Umfeld – die Wachstumsgrundlagen dauerhaft stärken und die Beschäftigungsintensität des Wachstumsprozesses erhöhen.

chend haben sich die am Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit Beteiligten am 9. Januar dieses Jahres in einer gemeinsamen Erklärung darauf verständigt, für die anstehende Lohnrunde den Abschluß beschäftigungsorientierter und längerfristiger Vereinbarungen zu empfehlen.

Welche Lohnhöhe und Lohnstruktur als adäquat zu bezeichnen sind, kann vorab nicht exakt am „Verhandlungstisch“ geklärt werden, sondern ist immer wieder am Marktergebnis zu überprüfen. Gleichwohl lassen sich einige grundsätzliche Überlegungen anstellen, die als gesamtwirtschaftliche Orientierung dienen können (vgl. die Erläuterungen

auf S. 39). Danach leistet eine „Lohnpolitik des langen Atems“, die einen Teil des realen Verteilungsspielraums für den Erhalt oder Aufbau von wettbewerbsfähigen Arbeitsplätzen nutzt, einen wichtigen Beitrag zur Entlastung des Arbeitsmarktes. Bei der Bewertung der Preiskomponente sollte in den Tarifvereinbarungen berücksichtigt werden, daß die im ersten Quartal dieses Jahres zu verzeichnenden relativ hohen Jahresinflationsraten auf einer Kumulation von Sondereffekten beruhen; im weiteren Jahresverlauf werden im Vorjahrsvergleich die Preissteigerungen wahrscheinlich wieder deutlich zurückgehen.